

Ökosteuer: Nur so funktioniert sie

Alle Vorschläge für eine ökologische Steuerreform, die auf globale Umweltprobleme zielen, sind für kleine offene Volkswirtschaften wie die Schweiz unwirksam. Stattdessen müssen sie auf lokale und nationale Umweltprobleme zielen. **REINER EICHENBERGER**

Viele fordern die Ökologisierung des Steuersystems: Der Bundesrat will sie, die OECD empfiehlt sie, und die Grünliberalen (GLP) sammeln Stimmen für ihre Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer». Die Idee ist bestechend. Heute besteuern wir vor allem Leistung und damit das «Gute». Sollten wir nicht stattdessen die Umweltbelastung und damit «das Böse» besteuern? Die Befürworter der ökologischen Steuerreform erhoffen sich, dass durch die Verteuerung der Umweltbelastung die Umwelt geschont und so eine «erste Dividende» erzielt wird. Zudem soll die Entlastung der Arbeit eine «zweite Dividende» in Form von mehr Leistungsbereitschaft bringen. Das klingt gut, funktioniert aber zumeist aus vier Gründen nicht.

Erstens zielen die gängigen Reformvorschläge auf das globale Klimaproblem und die globale Ressourcenknappheit. Zu beidem trägt die kleine Schweiz aber nur etwa 1,5% bei. Wenn sie die grossen Kosten einer Energiesteuer auf sich nimmt, um globale Probleme zu lösen, nützt das zur Lösung der Probleme nur sehr wenig, und der grösste Teil des Nutzens fällt im Ausland an.

Zweitens bringt eine Schweizer Energiesteuer mit gleichzeitiger Senkung von Einkommens- oder Konsumsteuern keine Entlastung von Arbeit und Leistung. Denn selbst wenn wir deutlich weniger Energie konsumieren, sinken dadurch die weltweite Energienachfrage und die Energiepreise kaum. Eine Schweizer Energiesteuer würde deshalb nicht von den ausländischen Energieanbietern bezahlt, sondern ausschliesslich von den Schweizer Energieverbrauchern, also Unternehmen und Konsumenten.

Die Unternehmen stehen aber auf den Exportmärkten in intensivem internationalen Wettbewerb. Deshalb können sie die Energiesteuer nicht auf die Preise ihrer Exporte überwälzen. Wenn aber weder die ausländischen Energielieferanten noch die Käufer der Exportgüter einen Teil der Steuern übernehmen, müssen die inländischen Produzenten die gesamte Steuer in der einen oder anderen Form auf die Schweizer Konsumenten und Arbeitnehmer überwälzen. Die ökologische Steuerreform würde also einerseits Arbeit und Leistung durch niedrigere Einkommens- oder Konsumsteuern entlasten, aber sie gleichzeitig wieder in der Form höherer Preise und niedrigerer Löhne um den gleichen Betrag belasten.

Energiesteuer nicht praktikabel

Drittens schafft eine allgemeine Energiesteuer unlösbare Probleme bei der Besteuerung der grauen Energie. Wenn die Schweizer Energieverbraucher höhere Energiesteuern zur Rettung des Weltklimas zahlen müssen, wird der Wettbewerb mit all den Ländern verzerrt, die sich weniger an der Rettung des Weltklimas beteiligen. Auf dem inländischen Markt und den Exportmärkten stünden energiebesteuerte Schweizer Produkte ausländischen Produkten ohne Energiebesteuerung gegenüber. Deshalb müssten die Importe und Exporte entsprechend ihrem Anteil an

grauer Energie, also der für ihre Herstellung verwendeten Energie, besteuert bzw. entsprechend entlastet werden. Eine solche Abrechnung und Besteuerung von Energieinhalten an der Grenze ist eine absolute Horrorvorstellung. Sie wäre unvergleichlich viel aufwendiger und beliebiger als die Mehrwertsteuererhebung, weil der Energieinhalt eines Produkts nicht direkt messbar ist, sondern vom gesamten Produktionsprozess aller Vorprodukte und Einzelteile abhängt. Entsprechend reden der Bund und die GLP von Pauschalierungen und Ausnahmen für die Produzenten besonders energieintensiver Produkte. Damit verliert das System jedoch einen Grossteil seiner ökologischen Wirkung, wird völlig willkürlich und zum Spielball gut organisierter Interessengruppen.



Alle Subventionen für den öffentlichen Verkehr von heute gut 7 Mrd. Fr. sollten gestrichen werden.

Viertens haben ökologische Steuerreformvorschläge oft eine versteckte leistungsfeindliche Umverteilungskomponente. Viele wollen einen Teil der Steuererträge pro Kopf an die Bevölkerung zurückerstatten oder für die Reduktion bisheriger Kopfprämien wie der Krankenkassenbeiträge einsetzen. Da aber der individuelle Energiekonsum sehr stark mit dem Einkommen korreliert, weil Erzielung und Konsum des Einkommens zu Energieverbrauch führen, bewirkt jede Erhöhung der Energiesteuern ohne gleichzeitige Senkung der Einkommens- oder der Konsumsteuersätze eine Mehrbelastung von Leistung.

Folglich sind all die ökologischen Steuerreformvorschläge, die auf die globalen Umweltprobleme zielen, für kleine, offene Volkswirtschaften wie die Schweiz unwirksam oder gar schädlich. Das heisst aber nicht, dass ökologische Steuerreformen nie funktionieren. Ganz im Gegenteil: Ökologische Steuerreformen können unsere Wohlfahrt in ungeahntem Ausmass steigern, wenn sie zwei Grundsätze beachten.

Erstens müssen sie auf nationale und lokale Umweltprobleme zielen, nicht auf globale. Damit fällt der gesamte Umweltnutzen im Inland an, und die Notwendigkeit der Be- und Entlastung der grauen Energie an der Grenze entfällt. Die Umweltsteuern sind dann ein effizienter und gerechter Preis für die Benützung der Schweizer Umwelt, der genauso wie all die anderen realen Produktionskosten keinesfalls abgerechnet werden soll.

Zweitens müssen die Einnahmen aus den Umweltsteuern verwendet werden, um das bisherige System der Steuern und Subventionen effizienter zu gestalten. Es geht weniger um generelle Senkung der Steuerbelastung

als um die Schaffung eines möglichst effizienten und wenig verzerrenden Steuersystems. Die geradezu idealen Bedingungen für eine wirksame ökologische Steuerreform bietet der Verkehrsbereich der Schweiz mit seiner riesigen und völlig unsinnigen Subventionierung des privaten und des öffentlichen Verkehrs (öV).

Königsweg benutzerfinanzierte Mobilität

Das Reformprogramm besteht aus drei Elementen: Erstens muss der Motorfahrzeugverkehr über ein effizientes Roadpricing-System alle seine ungedeckten externen Umwelt-, Unfall- und Staukosten von offiziell geschätzten 8 Mrd. Fr. jährlich tragen. Zweitens sollten alle öV-Subventionen von heute gut 7 Mrd. Fr. gestrichen werden, denn wenn der private Verkehr alle seine Kosten trägt, gibt es keinen Grund mehr für öV-Subventionen. Vielmehr sollte dann auch der öV seine Umweltkosten von rund 1 Mrd. Fr. zahlen. Drittens können mit den so zusammenkommenden 16 Mrd. Fr. all die anstehenden Steuerreformen und allgemeine Steuersenkungen finanziert werden. Damit würde die Schweiz zum Bürgerparadies.

All die gegen diesen Vorschlag und für die Subventionierung insbesondere des öV vorgebrachten Behauptungen sind hinfällig. Das soll abschliessend mit einfachen Analogieüberlegungen illustriert werden:

«Der öffentliche Verkehr soll subventioniert werden, weil er den privaten Verkehr entlastet.» Falsch! Schliesslich wird auch der private Verkehr nicht subventioniert, obwohl der öV ohne ihn zusammenbrechen würde.

«Der öffentliche Verkehr soll subventioniert werden, weil er zur Erschliessung abgelegener Regionen beiträgt.» Falsch! Der private Verkehr wird auch nicht subventioniert, obwohl seine Erschliessungsleistung viel grösser ist. Zudem gibt es viele weitere wichtige «Erschliesser» wie etwa die Mobiltelefonnetze, Volg oder Regionalbanken; sie werden besteuert, nicht wie der öV subventioniert.

«Die Mobilität muss subventioniert werden, weil die Menschen für ihre Arbeit darauf angewiesen sind.» Falsch! Die Leute sind für ihre Arbeit auch auf vieles andere (z. B. Kleider) angewiesen, was alles nicht subventioniert wird.

«Verkehrsabgaben gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.» Falsch! Die Verkehrsabgaben bewirken keine neuen Kosten. Sie machen nur die heutigen Kosten der Übermobilität sichtbar. Zudem profitiert die Wirtschaft von den Steuersenkungen viel mehr, als sie unter den Verkehrsabgaben leidet.

«Der Verkehr würde massiv zurückgehen, weil viele Verkehrsteilnehmer nicht so viel zahlen wollen.» Richtig! Aber das ist gut so. Wer die von ihm verursachten Kosten nicht tragen will, soll nicht fahren. Denn jeder Kilometer, der dem Reisenden weniger nützt, als er insgesamt kostet, ist volkswirtschaftlicher und ökologischer Unsinn.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.



KONRAD KOCH
stv. Chefredaktor
zum Thema
Swissness

Die Stärken der Schweiz stärken

Ist Swiss Made eine Frage von Quoten? Der Nationalrat hat am vergangenen Donnerstag mit seinem Beschluss zur Swissness-Vorlage den Spagat geschafft: Er hat den Bedürfnissen eines grossen Teils der Uhrenindustrie sowie der Landwirtschaft Genüge getan, ohne dabei die Begehren der Nahrungsmittelhersteller und der Exportindustrie komplett ausser Acht zu lassen.

Wie viele Inhaltsstoffe Inlanderzeugnisse sein müssen für die Berechnung der Swissness der Lebensmittel, muss in einer zweiten Runde der Ständerat ausmarchen, ebenso die Frage, was unter die Bestimmung der Herstellungskosten in der Industrie fällt. Die kleine Kammer wird die Interessenansprüche austarieren müssen. Kommt es zur Verwässerung, droht der Bauernverband, die beschlossene Volksinitiative für eine glaubwürdige Swissness zu lancieren.

In der Swiss-Made-Debatte werden jedoch Markenschutz und Leistungsfähigkeit verwechselt. Die Marke Nestlé oder die Marke Rolex werden weltweit wegen der Leistungsfähigkeit der Unternehmen wahrgenommen. Wer ihre Produktivität als Nachahmer verletzt, gegen den gehen sie mit geltendem internationalem Markenrecht vor. In der Swiss-Made-Debatte wird jedoch Prozentklauberei mit dem Argument Arbeitsplatzsicherheit verteidigt. Der Arbeitsplatz Schweiz muss aber nicht mit Quoten geschützt werden. Die «Uhrschweiz» hat es mit ihrem Exporterfolg vorgemacht: Er muss mit Investitionen und Innovation gestärkt werden.

Die Stunde der Wahrheit wird sein, wenn es um die Umsetzung der Bundesratsbotschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013 bis 2016 gehen wird. Dann wird sich zeigen, wem die Schweiz wie viel wert ist. Die Finanzierung der Berufsausbildung und der Hochschulforschung grosszügig zu sichern, ist nämlich die beste Langfristinvestition in die Marke Schweiz.